

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Brandenburgs Zukunft sichern - Medienbildung und digitale Kompetenz stärken

Mit zunehmender Digitalisierung aller Lebens- und Arbeitsbereiche wird die Fähigkeit zum Umgang mit digitalen Medien zur aktiven und passiven Wissensvermittlung unter Einbeziehung aller damit verbundenen Chancen und Risiken zur Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts. Digitale Kompetenzen werden immer mehr zur Grundvoraussetzung für chancengerechte gesellschaftliche Teilhabe. Fünf Jahre nach Vorlage des letzten Konzeptes zur Stärkung der Medienkompetenz ist es an der Zeit, sich an eine Neuauflage zu machen.

Der Brandenburger Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Vorbereitung auf das Inkrafttreten der Rahmenlehrpläne für Berlin und Brandenburg zur fächerübergreifenden Kompetenzentwicklung im Bereich Medienbildung im Schuljahr 2017/18 die Rahmenbedingungen in Brandenburgs Schulen für die Bildung mit digitalen Medien zu verbessern. Gleichzeitig ist die außerschulische Medienbildung unter den veränderten Rahmenbedingungen der neuen EU-Förderperiode abzusichern und weiter zu entwickeln. Schulische und außerschulische Medienbildung sind konzeptionell aufeinander abzustimmen, um Synergieeffekte im Bildungs- und Fortbildungsbedarf von Kindern, Jugendlichen, Eltern, Erzieher*innen und Lehrkräften zu erzielen.

Die Landesregierung wird beauftragt, das Konzept zur „Stärkung der Medienkompetenz“ vom November 2011 fortzuschreiben. Dabei sind die Umsetzungsfortschritte in Bezug auf die angeführten ‚Hauptaktionsfelder‘ (wie u.a. Mindeststandards der Breitbandversorgung bzw. der medialen Infrastruktur, Medienbildung für Bildungsferne aller Altersgruppen, Eltern- und Verbraucherberatung) sowie der Konzeptbausteine dazulegen.

Darüber hinaus sind in Abstimmung mit den Schulträgern und den Trägern der außerschulischen Bildung die unten folgenden Punkte, bzw. ihr Umsetzungsstand und die jeweiligen Zielvorstellungen der Landesregierung in die Fortschreibung des Konzeptes mit aufzunehmen:

- Bestandsaufnahme und Zielsetzung zur technischen Ausstattung der Schulen bezüglich Quantität und Qualität für den IT-medienpädagogischen Bereich und zum technischen Support der IT-Endgeräte.
- Organisation von Beratung und Austausch unter pädagogischen Kräften zur Erstellung und Weiterentwicklung von fachdidaktischen Konzepten zum Einsatz von digitalen Medien, zur Entwicklung neuer kollaborativer und individueller Lernformen und zu den Herausforderungen im Hinblick auf Datenschutz und IT-Sicherheit.

- Schaffung einer funktionstüchtigen sicheren und digitalen Lernplattform mit qualitativ hochwertigen, offenen und frei verwendbaren Inhalten (Open Educational Resources) unter Einbeziehung moderner pädagogischer und fachdidaktischer Konzepte, die barrierefrei zugänglich und leicht bedienbar sein soll. Diese Lernplattform sollte gemeinsam mit Berlin erstellt werden.
- Verbindliche Verankerung von Medienbildung mit Schwerpunkt ‚digitale Medien‘ in der Aus- und Fortbildung aller pädagogischen Kräfte, über die reine Technikvermittlung hinaus hin zu grundsätzlichen und fachbezogenen didaktischen Fragen der digitalen Vermittlung von Inhalten und der Veränderung des Lehrens und Lernens durch die Nutzung des Internets.
- Empfehlungen zum Umgang mit privaten digitalen Geräten (BYOD) im Rahmen der Schule.
- Empfehlungen zum Umgang mit digitalen sozialen Netzwerken.
- Absicherung und konzeptionelle Einbeziehung außerschulischer Träger der Medienbildung als Kooperationspartner der Schulen, als Bildungsträger für Kinder und Jugendliche, aber auch für Eltern, Lehrkräfte und Erzieher*innen, sowie als Träger eines allgemeinen Bildungsauftrags im Rahmen lebenslangen Lernens.
- Verstetigung und Absicherung von Best-Practice-Projekten, um nachhaltige Erfolge zu ermöglichen und auszubauen.
- Ausbau der Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg im Rahmen des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin Brandenburg (LISUM) und des Bildungsservers Berlin Brandenburg auf Basis des neuen gemeinsamen Rahmenlehrplans zur fächer-übergreifenden Kompetenzentwicklung im Bereich Medienbildung.

Die Fortschreibung des Konzeptes ‚Stärkung der Medienbildung‘ ist dem Landtag bis Ende 2016 vorzulegen.

Begründung:

Während sich die Freizeit der Schülerinnen und Schüler stetig weiter digitalisiert, hinkt die Schule in diesem Bereich immer stärker hinterher und wird ihrem Auftrag, Kindern und Jugendlichen die für ihr späteres gesellschaftliches und berufliches Fortkommen benötigten digitalen Kompetenzen zu vermitteln, nur unzureichend gerecht.

Deutschland ist laut der internationalen ICILS-Studie Schlusslicht der teilnehmenden 20 Länder beim Einsatz von digitalen Medien im Unterricht durch das Lehrpersonal und Drittlizter bei der Häufigkeit der Computernutzung durch die Schülerinnen und Schüler in der Schule. Deutschland bewegt sich bei den computer- und informationsbezogenen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich zwar im oberen Drittel, aber bezogen auf die europäischen Teilnehmerstaaten nur im Durchschnitt. Besonders unerfreulich ist, dass auch hier wieder deutliche Nachteile für Jugendliche aus niedrigeren sozialen Lagen deutlich werden. Das Schüler-Computer-Verhältnis deutschlandweit lag bei 11,5 zu 1, in Norwegen z.B. 2,4:1 (wobei einbezogen werden muss, dass diese Zahl noch wenig über die tatsächliche Verwendung der Geräte aussagt).

In der heutigen Zeit ist es unabdingbar, dass junge Menschen Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien entwickeln, sich im Internet orientieren und die Validität von Informationen einschätzen können. Auch die Beurteilung eigener Aktivitäten im Netz, gerade im Hinblick auf sensible Bereiche wie den Schutz der eigenen Daten und Cybermobbing gehört zu den notwendigen Kompetenzen, die junge Menschen spätestens bis zum Ende ihrer Schullaufbahn erwerben sollten.

Gleichzeitig stecken große Potenziale in der Digitalisierung: Durch den Einsatz digitaler Medien können Schüler und Schülerinnen in ihrem eigenen Tempo lernen und besser individuell gefördert und gefordert werden. Ziel muss es sein, dass der souveräne Einsatz digitaler Medien in allen Unterrichtsfächern sowohl für Lehrende wie Lernende eine Selbstverständlichkeit wird.

Der neue Rahmenlehrplan zur fächerübergreifenden Kompetenzentwicklung im Bereich Medienbildung bietet durchaus eine gute Grundlage für eine konzeptionelle Neuausrichtung in den Schulen. Allerdings fehlen oft die strukturellen, finanziellen und technischen Rahmenbedingungen zu dessen Umsetzung. Außerdem ist es notwendig, dass z. B. auf Basis einer nutzungsfreundlichen Lernplattform fachspezifische didaktische Konzepte zum sinnvollen Einsatz von digitalen und anderen Medien in der Schule entwickelt werden.

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN